

## AKTUELLE CHRONIK

Juli 1980 bis September 1989

Zusammengestellt von Angelika Pathak

### Südasien

*Juli/August:* Zunächst unbefristete Aufschiebung der für Juli/August geplanten SAARC-Außenministerkonferenz in Islamabad nach Sri Lankas Ankündigung, dort den Abzug indischer Truppen aus Sri Lanka zur Sprache zu bringen, obwohl die SAARC-Satzung bilaterale Fragen ausdrücklich ausschließt. Einigung der Vertreter der 7 SAARC-Staaten am Rande der Gipfelkonferenz der Blockfreien, die Konferenz am 2.-3.11.1989 in Pakistan nachzuholen.

### Afghanistan

*9. Juli:* 30 Kommandeure und Kämpfer der Jamiat-Islami von Mitgliedern der Hesb-i-Islami getötet. Beide Gruppen gehören der von Pakistan aus operierenden 7-Parteienallianz an, die im Februar 1989 eine afghanische Exilregierung bildete; diese veranlaßte nach dem Massaker die Einrichtung eines islamischen Gerichts, dem die Verantwortlichen vorgeführt werden sollen.

*19. Juli:* Mehr Muhammad Ejasi zum Erziehungsminister im Kabuler Kabinett ernannt.

*Ende Juli:* Nach vereitelmtem Putschversuch soll Verteidigungsminister Shah Nawas Tanai unter Hausarrest gestellt, mehrere Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet worden sein.

*31. Juli-1. August:* Erstmals detaillierte Angaben über sowjetische Verluste in Afghanistan in der *Prawda* bekanntgegeben.

*30. August:* Mitarbeit an Exilregierung von Hesb-i-Islami unter Gulbudin Hekmatiar aufgekündigt.

*Anfang Sept.:* 8-Parteienunion im Exil im Iran erklärte sich erstmals bereit, mit der 7-Parteienallianz und der Interimsregierung in Peshawar zusammenzuarbeiten.

11. Sept.: Protokoll über indisch-afghanische Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen in Kabul unterzeichnet.
- Sept.: US-Waffenlieferungen an den afghanischen Widerstand (u.a. SAKR Boden-Boden-Raketen mit bis 36 km Reichweite), seit April 1989 suspendiert, wiederaufgenommen; Auslieferung erstmals zur Hälfte direkt an Feldkommandeure statt wie zuvor nur an Parteien.
21. Sept.: Besuch Außenminister Abdul Wakils in Bonn.

## Bangladesh

8. Juli: Nach von der politischen Vertretung der Stammesbevölkerung boykottierten Distriktwahlen in den Chittagong Hill Tracts nahm eine mit hochrangigen Regierungsvertretern besetzte Sonderkommission ihre Arbeit - Betreuung der Distrikträte - auf.
10. Juli: Verfassungsänderung, die die Amtszeit des Präsidenten auf zwei Amtsperioden von je 5 Jahren beschränkt, vom Parlament verabschiedet.
19. Juli: Kabinettsumbildung, u.a. fünf neue Staatsminister ernannt.
12. August: Nach Rücktritt Vizepräsident Nurul Islams übernahm der bisherige Premierminister Moudud Ahmed dieses Amt, neuer Premier wurde der bisherige Stellvertretende Premier, Kazi Zafar Ahmed. Einige Tage darauf Rücktritt des Stellvertretenden Premiers, M.A. Matin, aus Protest.
2. Sept.: Dezentralisierung des Obersten Gerichtshofes durch Teil der 8. Verfassungsänderung vom 9. Juni 1988 als verfassungswidrig erklärt und zurückgenommen.

## Indien

5. Juli: 5 bisherige Vertretende Minister, alle niedrigen Kasten und Minderheiten angehörig, zu Staatsministern ernannt.
- 16.-17. Juli: Kurzbesuch Premierminister Rajiv Gandhis in Islamabad auf der Rückreise von Paris und Moskau, wesentliche Meinungsverschiedenheiten wurden festgestellt.
24. Juli: Fast alle (d.h. 106) oppositionellen Unterhausabgeordneten legten ihr Amt nieder: Anlaß war die Bekanntgabe des Berichtes des Bundesrechnungshofes über illegale Provisionen bei der Beschaffung von

Haubitzen bei dem schwedischen Waffenproduzenten Bofors; die Opposition verlangte darauf den Rücktritt Premierminister Gandhis; nach dessen Weigerung, sein Amt niederzulegen, traten die Oppositionsabgeordneten zurück. Proteste auch im Oberhaus; um dort nicht der regierenden Congress-I-Partei die für Verfassungsänderungen notwendige 2-Drittel-Mehrheit zu überlassen, folgten Oberhaus-Abgeordnete der Opposition nicht dem Beispiel ihrer Unterhaus-Kollegen.

10. *August*: 3 Verfassungsänderungsentwürfe vom Unterhaus angenommen; die 62. und 63. Verfassungsänderung sieht ländliche (Panchayat Raj) bzw. städtische (Nagarपालिका) Selbstverwaltungseinrichtungen auf mehreren Ebenen vor; diese sollen Entwicklungsvorhaben selbstständig abwickeln und entsprechende Finanzmittel direkt von der Zentralregierung (statt über die Bundesländerregierung) zugewiesen bekommen. Vorlage der Verfassungsänderungsentwürfe an das Oberhaus am 14. August, das in dieser Sitzungsperiode (bis 18.8.89) nicht mehr zur Entscheidung kommen kann. - Die 64. Verfassungsänderung, die 20 Sitze des Landesparlaments von Tripura für Stammesangehörige (Scheduled Castes) reserviert, wurde ebenfalls vom Unterhaus angenommen.

9.-12. *August*: Massaker an über 100 Angehörigen des Bodo-Stammes in Assam, 60.000 Flüchtlinge im benachbarten Arunachal Pradesh; am 11. August Ausgangssperre; am 16.8. begann 100-Stunden-Proteststreik in Assam. In 1. Gesprächsrunde zwischen Vertretern der All Bodo Students' Union (ABSU), die seit 2 Jahren für ein autonomes Bodoland agitiert, der Regierung von Assam und der indischen Zentralregierung erklärte sich die ABSU zur Aussetzung des Kampfes, die assamesische Regierung zur Aufhebung von verschiedenen Sicherheitsgesetzen (am 1.9. implementiert) bereit. Bereits am 29. August bestand die ABSU wieder auf Sezession von Assam und verübte zahlreiche Angriffe. Weitere trilaterale Gespräche für 5. Oktober geplant.

12.-14. *August*: Internationale Konferenz zu Tibet und zum Frieden in Südasien in Neu-Delhi (Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland Petra Kelly und Gert Bastian); auf Proteste der chinesischen Regierung distanzierte sich die indische Regierung von den Aussagen der Konferenz und bekräftigte, daß es Tibet als autonome Region Chinas betrachte.

- 17.-19. August: 2. Runde der indisch-pakistanischen Gespräche in Rawalpindi über den Rückzug der Truppen beider Länder vom Siachen-Gletscher in Kashmir, auf dem es seit 1984 wiederholt zu Zusammenstößen gekommen ist. (1. Runde im Juli wenig erfolgreich)
23. August: Pressezensurgesetz (Special Power [Press] Bill 1989) vom Landesparlament von Jammu und Kashmir verabschiedet, nach Protesten zunächst zurückgestellt.
30. August: Landesweiter Generalstreik von Oppositionsparteien ausgerufen.
9. Sept.: President's rule (Unterstellung eines Bundeslandes unter Zentralregierung) in Karnataka um 6 Monate verlängert.
- 17.-21. Sept.: Staatsbesuch des indischen Präsidenten Ramaswami Venkataraman in der Bundesrepublik Deutschland.
- 18.-20. Sept.: Handelsprotokoll bei der 1. Sitzung der gemeinsamen chinesisch-indischen Kommission für Handel und Wirtschaft sowie wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet.

## Malediven

- 18.-19. Sept.: Abzug der restlichen indischen Truppen bis 3.11.1989 bei Besuch Präsident Gayooms in Neu-Delhi bekanntgegeben; zugleich Unterstützung bei militärischer Ausbildung von Indien erbeten.

## Nepal

- 25.-26. August: Besuch des indischen Außenministers P.V. Narasimha Rao in Kathmandu.
18. August: Änderungen im Sicherheitsgesetz von 1961 vom Parlament verabschiedet: Todesstrafe für Vergehen gegen den Staat abgeschafft, lokale Festnahmebefugnisse eingeschränkt.
- Anfang Sept.: Um 1.000 Anhänger der oppositionellen Nepali Congress Party vor geplanter Aktionswoche gegen parteiloses System festgenommen.
6. Sept.: Wiederaufnahme der bilateralen Gespräche zwischen König Birendra und Premierminister Rajiv Gandhi während des Gipfeltreffens der Blockfreien in Belgrad vereinbart.

## Pakistan

*Sept.:* Wiedereintritt in den Commonwealth zum 1. Oktober 1989 bekanntgegeben. Am 30.1.1972 war Pakistan aus Protest gegen Großbritanniens Anerkennung des neuen Staates Bangladesh ausgetreten. Der Wiedereintritt, noch von Präsident Zia angestrebt, war bisher an Indiens Veto gescheitert; das Commonwealth-Sekretariat stimmte jetzt Premierministerin Bhuttos Antrag zu.

## Sri Lanka

- 20. Juni:* Ausnahmezustand erklärt (zuvor Juli 1983 - Januar 1989) nach 2 Wochen andauerndem Busstreik und eskalierenden Ausschreitungen.
- 24. Juli:* Pressezensur aufgehoben.
- 29. Juli-2. August:* Gespräche in Neu-Delhi über den Abzug indischer Truppen erfolglos. Nachdem Indien Präsident Premadesas Forderung nach dem Abzug der Indian Peace Keeping Force (IPKF) bis zum 29.7.1989 (dem 2. Jahrestag des indisch-srilankanischen Abkommens) ignoriert hatt, wurden - als versöhnliche Geste - am 29. Juli 600 Mann der IPKF abgezogen.
- 8. August:* Abzug der IPKF bis Februar 1990 von Außenminister Wijeratna angekündigt; eine noch einzuberufende Kommission von Vertretern der indischen und srilankanischen Ordnungskräften und dem tamilischen Chefminister der Nordost-Region habe hierbei beratende Funktion.
- 14. Sept.:* All-Parteienkonferenz (69 Delegierte von 21 Parteien) von Präsident Premadesa in Colombo eröffnet; nach 10tägigen Konsultationen zwischen Regierung und einzelnen Gruppen Fortsetzung der Konferenz am 12.10.1989 geplant.
- 18. Sept.:* Abkommen in Colombo unterzeichnet (auf Belgrader Blockfreiengipfel vorbereitet), das die Einstellung aller Kampfhandlungen der IPKF am 20. Sept. 1989 vorsieht, den Abzug der verbleibenden 45.000 Mann der IPKF bis 31. Dez. 1989 anstrebt und die Bildung eines Friedensausschusses und einer Sicherheitskoordinationsgruppe festlegt.

## Südostasien

- 3.-4. Juli: 22. Ordentliche ASEAN-Außenministerkonferenz in Brunei, Hauptthema war die Lage in Kambodscha nach Abzug der vietnamesischen Truppen.
- 6.-8. Juli: Bei den anschließenden Nach-Ministerkonferenz-Gesprächen mit den ASEAN-"Dialogpartnern" (u.a. Japan, Australien, Neuseeland, USA, Kanada) wurde der australische Vorschlag einer asiatisch-pazifischen Wirtschaftszusammenarbeit diskutiert. (Konferenz im November 1989 in Canberra beschlossen)

### Brunei

*Anfang August:* Informelles Zusammentreffen der ASEAN-Regierungschefs bei Feiern anlässlich der 9tägigen Mannbarkeitsriten des ältesten Sohnes des Sultans.

### Indonesien

*Mitte September:* Besuch Präsident Suhartos in der Sowjetunion, Gesprächsthemen waren der Kambodscha-Konflikt und der bilaterale Handel.

### Malaysia

26. Juni: Änderung des Gesetzes über Innere Sicherheit (Internal Security Act, ISA) vom Parlament verabschiedet: keine Berufung für nach ISA Verurteilte möglich.
19. Juli: Zusatz zum Religionsgesetz (Islamic Law Administration Act) im Bundesstaat Selangor verabschiedet, das Minderjährigen Übertritt zum Islam auch ohne Zustimmung der Eltern gestattet.
31. Juli: Neue pro-malaiische Partei, Angkatan Democratic Liberal Sabah, in Sabah gegründet.
19. September: Sultan Azlan Shah von Perak neuer König.

## Myanmar

17. *Juli*: Militärgerichtsbarkeit für Zivilisten auf der Basis des Kriegsrechts in den 3 Kommandobereichen Yangon (Rangun), Mitte und Nordwesten eingeführt.
20. *Juli*: Daw Aung San Suu Kyi und U Tin U, Generalsekretärin bzw. Vorsitzender der National League for Democracy (NLD), unter Hausarrest, andere NLD-Aktivisten festgenommen, Vorwürfe auch gegen die Partei als solche erhoben.
1. *August*: Ausgabe von Myanmar Staatsbürgerausweisen (bis 31.1.1990) nach ausführlicher Personenbefragung begonnen; nur Besitzer des Ausweises zur Teilnahme an Parlamentswahlen im Mai 1990 berechtigt.
- 6.-10. *August*: Besuch des Ministers für Handel und für Planung und Finanzen, Oberst David Abel, in Thailand, u.a. wegen Einrichtung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Handelskommission; Weiterreise nach Singapur.
9. *September*: 3 Parteien (National Politics Front, People's Progressive Party, Ever Green Young Men Association) durch Wahlkommission wegen Nähe zur verbotenen Burmese Communist Party aufgelöst.

## Philippinen

28. *September*: Ex-Präsident Ferdinand Marcos gestorben.

## Singapur

10. *Juli*: Einwanderungsbestimmungen gelockert, um Hongkong-Chinesen Zuzug zu erleichtern, seither Ansturm auf Einwanderungsbehörde.
4. *August*: Bereitschaft, den Vereinigten Staaten Stützpunktrechte zu gewähren, bekanntgegeben. In den folgenden Tagen Proteste Vietnams, der Volksrepublik China, Malaysias und Indonesiens.
31. *August*: Staatspräsident Wee Kim Wee wiedergewählt (Amtszeit 4 Jahre).

## Thailand

8. August: Sukhumbhand Paribrata, außenpolitischer Berater des Premierministers, wegen Streitigkeiten über politische Rolle des Militärs zurückgetreten.

## Indochina

13.-14. Juni: 2. Indochina-Flüchtlingskonferenz in Genf, nach Vorkonferenz vom 7.-9. März in Kuala Lumpur; der Umfassende Aktionsplan sieht u.a. strikte Legalisierung der Ausreise, harte Bestrafung illegaler Fluchthelfer und strenge Siebung der "Flüchtlinge" vor. Das Problem der kambodschanischen Flüchtlinge wurde ausgeklammert.

## Kambodscha

30. Juli-30. August: Kambodscha-Konferenz in Paris, nachdem sich zuvor (24.-26. Juni) die beteiligten 4 kambodschanischen Gruppen auf gemeinsames Auftreten geeinigt hatten. Keine Einigung wurde erzielt in den Kernfragen der zukünftigen Rolle der Khmer Rouge, der Gestaltung der Übergangsperiode zwischen dem Abzug der Vietnamesen und der Abhaltung der Wahlen, der Rolle der UNO und der Präsenz der vietnamesischen Siedler.

Anfang August: Neues Wehrgesetz sieht Wehrdienst für alle Männer und Frauen über 18 Jahren vor.

Ende September: Abzug der vietnamesischen Truppen.

## Laos

15. August: Wiederherstellung der seit 1979 unterbrochenen offiziellen Beziehungen zwischen der Laotischen Revolutionären Volkspartei und der Kommunistischen Partei Chinas.

## Vietnam

30. Juli: Auswanderung einer ersten Gruppe (3.000 Personen) ehemaliger Umerziehungslager-Insassen genehmigt mit Wirkung von Ende 1989 nach entsprechender Abmachung mit den USA in Hanoi vom 27.-29. Juli.
19. August: Veröffentlichung von Ho Chi Minhs Testament vom Politbüro für 19. Mai 1990 angekündigt; zugleich Nicht-Einhaltung einiger Testamentteile eingeräumt.
13. September: IMF- und IBRD-Unterstützung von USA und Japan blockiert bzw. von Mitwirkung an der Lösung des Kambodscha-Konflikts abhängig gemacht.

## Ostasien

### Mongolei

25. August: Vertrag über Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen mit der Volksrepublik China paraphiert.

### Taiwan

20. Juli: Im Rahmen der neuen "flexiblen Außenpolitik" Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Grenada, obwohl dieses Land seit 1. Oktober 1985 diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China unterhält. Darauf am 31. Juli Proteste in *Renmin Ribao*, am 7. August Abbruch (oder Suspendierung?) der diplomatischen Beziehungen mit Grenada durch die Volksrepublik China.
- Mitte August: Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Regelung bürgerlicher Organisationen vom 27. Januar 1983 35 politische Parteien zugelassen.

## Hongkong

- 2.-4. Juli: Besuch des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe; Gewährung des Aufenthaltsrechts in Großbritannien für die rd. 3,25 Mio. Bürger Hongkongs mit britischem Paß selbst nur als "Rückversicherung" für den Notfall kategorisch abgelehnt. Am 30. Juni 1989 war der Bericht des britischen Außenpolitischen Ausschusses veröffentlicht worden, der eine beschleunigte Demokratisierung in Hongkong empfiehlt, das Wohnrecht für Hongkongs Bürger in Großbritannien aber ausschließt.
1. August: Nach Unruhen in überfüllten Boat People-Flüchtlingslagern (Ende Juli) wurde Hongkongs Politik der Erstasylgewährung von Allan Lee, Mitglied des Gesetzgebenden Rates, infragegestellt; in der 2. Augushälfte wieder Unruhen in den Lagern.
5. August: Erster chinesischer Polizeichef ernannt, Amtsantritt Dezember 1989.
14. August: Änderungen im z.Z. von der Verfassungskommission erarbeiteten Verfassungsentwurf vom Sekretär für Allgemeine Aufgaben, Wiggham, verlangt, so Aufschiebung der Verabschiedung der Verfassung, Nicht-Stationierung der Chinesischen Volksarmee in der künftigen "Besonderen Verwaltungsregion Hongkong"; auch stellte er das im Verfassungsentwurf enthaltene Recht des Nationalen Volkskongresses, in Hongkong den Ausnahmezustand zu erklären, in Frage.
19. August: Die Äußerungen Wigghams als Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China vom Sprecher des chinesischen Außenministeriums verurteilt; das britische Außenministerium wies die Beschwerde zurück: Die Volksrepublik China habe das Recht, nach 1997 ihre Truppen in Hongkong zu stationieren, es sei jedoch zu überlegen, ob China von diesem Recht Gebrauch machen solle.
23. August: Gesetze über Körperstrafen aufgehoben.
- 16.-19. September: Besuch des für die Kronkolonie zuständigen britischen Ministers Francis Maude.

## Südkorea

9. Juli: Primar- und Sekundarschullehrern, die sich für unabhängige Gewerkschaften einsetzen, droht Entlassung, gab das Erziehungsministerium bekannt.

19. *Juli:* In umfassender Kabinettsumbildung 6 von 23 Ressorts neu besetzt: neuer Innenminister Kim Tai Ho, neuer Minister für politische Angelegenheiten Park Chul Un. Zugleich Ernennung des ehemaligen Generalstaatsanwalts, Suh Dong Kwon, zum Chef des Planungsstabes der Staatssicherheitsbehörde (mit Ministerrang); er löste Park Seh Jih ab, der die illegalen Besuche eines Priesters und des Oppositionspolitikers Suh Kyung Won in Nordkorea nicht verhindert hatte.
12. *August:* Der Oppositionsabgeordnete Suh Kyung Won wurde wegen des Verdachts der Spionage nach illegalem Besuch in Nordkorea angeklagt (bereits seit Juni in Haft). Anklageerhebung auch gegen Oppositionsführer Kim Dae Jung und 2 weitere Mitglieder der Partei für Frieden und Demokratie (PPD) wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Staatssicherheitsgesetz, Kim zudem wegen Verstößen gegen das Devisenbewirtschaftungsgesetz. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, von der Reise Suh Kyung Wons im August 1988 gewußt, den Tatbestand aber nicht zur Anzeige gebracht zu haben. Sie erklärten, erst im Juni davon erfahren und Suh veranlaßt zu haben, sich zu stellen.
15. *August:* Festnahme der Führerin der Studentenorganisation Chondae-hyop, Lim Su Kyong, und eines katholischen Priesters beim Überschreiten der Waffenstillstandslinie bei der Rückkehr von illegaler Teilnahme an den Weltjugendfestspielen in Nordkorea im Juni 1989.
18. *August:* Bei Nachwahlen zur Nationalversammlung in Seoul errang die Demokratische Gerechtigkeitspartei 39, die Partei für Frieden und Demokratie 30% der Sitze.
- Ende August:* Als 3. kommunistisches Land (nach Ungarn und Jugoslawien) eröffnete die Sowjetunion eine Zweigstelle ihrer Industrie- und Handelskammer in Seoul.
25. *September:* Nach südkoreanisch-sowjetischem Memorandum vom 19. August Besuch einer ersten Gruppe von auf Sachalin lebenden Personen koreanischen Ursprungs.

## Japan

2. *Juli:* Bei Stadtratswahlen in Tokyo errang die Liberaldemokratische Partei (LDP) nur 43 von 128 Sitzen.
23. *Juli:* Massive Niederlage der LDP bei Wahlen für die Hälfte der Sitze (126) des Oberhauses (LDP 36, Japanische Sozialistische Partei unter Takako Doi 46 Sitze, Rengo 11 Sitze); Hauptursachen für LDP-

Verluste: Recruit-Korruptionsskandal, Einführung der unbeliebten Mehrwertsteuer, Liberalisierung bestimmter Agrarprodukte und Geisha-Affaire Ministerpräsident Unos.

24. Juli: Sosuke Uno vom Amt des Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der LDP zurückgetreten.
9. August: Toshiki Kaifu, in den Kabinetten Fukuda und Nakasone Bildungsminister, neuer Ministerpräsident; am 8. August zum Vorsitzenden der LDP gewählt.

### Volksrepublik China

30. Juni: Ausführliche offizielle Darstellung über Verlauf und Niederschlagung der Studentenbewegung mit Namensliste von "Konterrevolutionären" vom Oberbürgermeister von Beijing, Staatsratskommissar Chen Xitong, im Auftrag des Staatsrats auf der 8. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses vorgelegt.
11. Juli: Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes bis zur Beruhigung der Lage in der Hauptstadt vom Sprecher des Staatsrats, Yuan Mu, bekanntgegeben.
14. Juli: Verschärfung der Wirtschaftssanktionen gegen die Volksrepublik China vom US-Senat befürwortet - wie schon am 29. Juni vom Repräsentantenhaus; dagegen waren die Restriktionen Anfang Juli partiell aufgehoben worden, um die Auslieferung von 4 Boeing-Flugzeugen an die Volksrepublik China zu ermöglichen.
- Ende Juli: Im April 1989 vereinbarte französische Kredite an die Volksrepublik China auf Empfehlung des Weltwirtschaftsgipfels in Paris eingefroren.
23. Juli: Zwischen 300 und 400 Studenten der Beijing-Universität gedachten der Toten des Massakers vom 4. Juni.
26. Juli-12. August: Besuch Außenministers Qian Qichens in 6 afrikanischen Ländern, fast zeitgleich Reise des Staatssekretärs im Außenministerium, Yang Fuchang, in 6 weitere Staaten Afrikas.
18. August: 55 weitere chinesische Städte und Kreise (damit insgesamt 626 Orte) Ausländern geöffnet (d.h. Einreise ohne spezielle polizeiliche Genehmigung möglich).
28. August: Gespräche des Generalstabschefs der Streitkräfte, General Chi Haotian, in Thailand über Fragen der militärischen Zusammenarbeit.

31. August: Großer Empfang zum 62. Jahrestag der "Volksbefreiungsarmee" in Anwesenheit fast aller Politbüro-Mitglieder; bei dieser Gelegenheit bezeichnete Verteidigungsminister Qin Jiwei die "Niederschlagung des konterrevolutionären Putsches" als eine "korrekte Maßnahme".
- Anfang September: Kulturminister Wang Meng abgesetzt; das Amt übernahm He Jingzhi.

## Südpazifik

### Neuseeland

8. August: Geoffrey Palmer, bisheriger Vertretender Premierminister und Generalstaatsanwalt, neuer Premierminister nach Rücktritt David Langes.
11. August: Kabinettsumbildung; der im Dezember 1988 entlassene frühere Finanzminister Douglas übernahm Ressort für besondere Projekte.

### Nauru

17. August: Nach Mißtrauensvotum Rücktritt Präsident Hammer DeRoburts; das Amt übernahm Kenas Aroi.

### Neukaledonien

11. Juni: Bei Wahlen zu den Parlamenten (die den Kongreß von Neukaledonien bilden) der 3 neugebildeten Provinzen siegte die FLNKS (Front de libération nationale kanaque socialiste) in Nord und Iles Loyauté, die RPCR (Rassemblement pour la Calédonie dans la République) in Sud.
14. Juli: Inkrafttreten der neuen Verwaltungsgliederung (Mitte 1988 bis Mitte 1989 direkt von Paris aus regiert).

**Papua Neu-Guinea**

- 30. Juni:* Unruhen in Mount Hagen nach Ermordung von Kommunikationsminister Malipau Balakau.
- 14. Juli:* Der am 24. Juli auslaufende Ausnahmezustand über Teilen Bougainvilles um 2 Monate verlängert.
- 5. September:* Wiedereröffnung der seit Mitte Mai geschlossenen Kupfermine auf Bougainville, nach Überfall auf Bergarbeiter und Sprengung von Strommasten wieder Schließung. Forderungen der militanten Landbesitzer erstrecken sich über Kompensationszahlung und Einstellung des Bergbaus hinaus auf Abzug des Militärs and Abtrennung Bougainvilles von Papua Neu-Guinea.
- 15. September:* Ratifizierung des bereits am 15. September 1985 unterzeichneten Vertrages über nuklearfreie Zone im Südpazifik, Ratifizierungsurkunde beim "South Pacific Forum"-Sekretariat in Suva hinterlegt.